

# Es fällt auf, wie müde Sie sind.

Der Alltag ist anstrengend – der tägliche Kräfteverschleiß ist groß – für Mann und Frau gleichermaßen. Das hält man 5 Jahre durch – 10 Jahre – vielleicht auch 15 Jahre – je nachdem.

Doch dann läßt man nach. Plötzlich fällt alles viel schwerer – jeder Tag wird zur Strapaze. Man ist unkonzentriert, ständig nervös und müde. Wenn es Ihnen so geht, dann schaffen Sie diesen Zustand so schnell wie möglich ab. Denn Ihre Müdigkeit ist sehr oft ein ernstzunehmendes Alarmzeichen dafür, daß der Körper sehr stark von seinen Kraftreserven zehrt. Das wollen Sie doch nicht – oder? Deshalb: warten Sie nicht mehr. Tun Sie etwas!



## PRÄPARAT 28 mit Gehirnvitalstoff und geballter Vitaminkraft wirkt konzentriert gegen Müdigkeit und angeschlagene Nerven.

Ohne aufzuputschen erreicht PRÄPARAT 28, was viele entmutigte Menschen nicht mehr für möglich halten: ein neues Gefühl von Lebenskraft und jugendlicher Aktivität durchströmt den Körper. Frei von lähmender Müdigkeit und Nervosität werden die beruflichen und privaten Probleme wieder leichter bewältigt. PRÄPARAT 28 macht Sie spürbar frischer und gesünder.

Prof. Dr. med. Much AG

# Präparat 28

schenkt neue Lebensfreude

PRÄPARAT 28 gibt es rezeptfrei in allen Apotheken (30 Kapseln DM 11,15).

cher Dr. med. Arthur Rathke, 49, schuf Lemke einen ganz neuen Posten. Dazu der Kieler Oppositionsführer Joachim Steffen (SPD): „Die Bonner setzen den Jungen als Politruk hierher.“

Rathke soll als Staatssekretär für die Landesregierung ein Presse- und Informationsamt aufbauen und sich „der vernachlässigten Öffentlichkeitsarbeit“ (Rathke) annehmen.

Ein Beispiel für seine universelle Zungenfertigkeit gab der CDU-Sprecher in Kiel schon vor der Amtsübernahme: „Ich habe mich als Berliner, auch in Bonn, immer als Norddeutscher gefühlt – auch gegenüber den Schwaben.“

Feinere regionale Unterschiede wird Rathke bald kennenlernen: In Lübeck, der Heimat des „ohne Vorwarnung und Betäubung“ (Steffen) geopfertem Ministers Gaul, hat die CDU „mit allem Nachdruck“ Kritik an Lemkes Kabinetts-Erneuerung angemeldet.

## ERZIEHUNG

### INTERNAT PLÖN

#### Spuk im Schloß

Vor 300 Jahren prunkten Herzöge im holsteinischen Schloß Plön. Vor 100 Jahren besetzten preussische Kadetten den Feudalbau und übten Parade-schritte bis zum Untergang der Monarchie. In diesen Wochen proben dort Oberschüler den Aufstand.

Plöner Gymnasiasten und ihre um die Schul-Ordnung bemühten Lehrer sind so verfeindet, daß der schleswig-holsteinische Landtag jetzt einen Untersuchungsausschuß zur „Aufklärung der Zustände am Staatlichen Internatsgymnasium Schloß Plön“ einsetzte.

Geklärt werden soll, warum an dem Renommier-Internat des nördlichsten Bundeslandes sechs Zöglinge – davon

fünf Mitglieder der Internatsmitverwaltung – des Schlosses verwiesen worden sind.

Die Gefeuerten hatten gegen die strenge Ordnung des Parade-Pennals opponiert. „König Erwin“, wie die Schüler ihren Oberstudiendirektor Erwin Schmidt, 63, nennen, argwöhnt: „Die Apo hat von außen die Unruhe ins Haus getragen.“

Ein anderer Plöner sieht es anders: Dr. Richard Bünemann, 49, SPD-Abgeordneter im Kieler Landtag und bis 1967 stellvertretender Landesbeauftragter für Staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, hält Schmidts „veraltete pädagogische Einstellung“ für die Ursache der Schloß-Revolte.

Schmidt leitet das Internat bereits seit 23 Jahren. Und Bünemann vermutet, daß „der Geist der alten Kadettenanstalt“ auf den Direktor abgefärbt hat.

Das Schloß der Herzöge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Plön (Bauzeit 1633 bis 1636) war von 1867 bis 1918 preussische Kadettenanstalt; die Nationalsozialisten machten eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt (Napolä) daraus.

Plöner Kadetten waren fünf Söhne Kaiser Wilhelms II., die späteren Generale Erich Ludendorff, Kurt von Schleicher und Erich von Manstein. Auch der heutige SPD-Wohnungsbauminister Lauritz Lauritzen kommt aus der Plöner Schule.

Gegenwärtig leben 45 Mädchen und 185 Jungen für 300 Mark Monatsgebühr in der ehemaligen Drillstätte. Zum Lernen begeben sie sich allmorgendlich – wie ihre beiden Erzieherinnen, sieben Erzieher sowie Internatsleiter Schmidt – in die Plöner

• Vor Schloß Plön: zweiter v. l. Schloßtags-Präsident Lamprecht; erster v. r. Schülerzeitungs-Chefredakteur Domizlaff.



Relegierte Plöner Internats-Schüler\*: „Kindlich unreife Klassenkämpfer“

# Henke



## Equipe PPS



Der 5-Stern-Skischuh für höchste Ansprüche. Mit fünf sensationellen Henke-Neuheiten. Ein Welt-Erfolg von Henke. Nur DM 259,-

★ **Plastic**  
(Innenseitig mit Leder beschichtet). Material immun gegen Kantenschläge, formbeständig, wasserundurchlässig, kälteisolierend, pflegeelos.



★ **Führungsfläche**  
PS-Führungsfläche auf der Innenseite des Schafes.



★ **Kantendrucksohle**  
Sohle auf Skibreite geformt. Mehr Druck auf die Kanten!



★ **Doppel-Exzenter**  
Feinste Einstellung aller Rietschnallen für Massitz. Weltweit patentierte Original-Martin-Schnallen mit auswechselbaren Ristbügeln.



★ **Polsterung**  
Von der Knöchel- bis Zehenpartie gepolstert für den Komfort. Klemmpolster in der Ferse für den maximalen Halt.



5 Sterne für das Top-Modell von Henke – den HENKE EQUIPE PPS!

### Henke-Plastic

Schuhfabrik Henke & Co. AG  
Stein am Rhein (Schweiz)  
Fabrikation für BRD: HENKE GmbH  
Reilasingen (Landkreis Konstanz)  
Vertretung für BRD: Sport-Garmisch  
Garmisch-Partenkirchen

Oberschule, die ebenfalls von Schmidt geleitet wird.

Die Pendler zwischen Schloß und Schule konnten sich mit der Zeit des Verdachtes nicht erwehren, daß in ihrem Internat noch immer der Geist von Potsdam herumspukt. Denn auf Schloß Plön ist verpönt oder sogar untersagt, was in anderen Internaten längst üblich ist — etwa Blue jeans: In Nietenhosen dürfen Jungen wie Mädchen nie zu den Mahlzeiten erscheinen, die sie im Rittersaal an getrennten Tischen einnehmen. Den Mädchen ist es lediglich zur Winterzeit gestattet, in nietenlosen langen Hosen zu speisen.

Im Ort dürfen sich die Schloß-Schüler nur Filme ansehen, die von der Schuldirektion freigegeben sind. Der Besuch von Tanzsälen außerhalb der Anstalt ist verboten; der Zapfenstreich wird strenger gehandhabt als beim Kommiß: Selbst Oberprimaner müssen bis 21 Uhr vom Ausgang zurück sein. Um 22 Uhr herrscht auch für sie Bettruhe.

Wer in seiner Freizeit in einer Illustrierten blättert, verstößt schon gegen ein Verbot. Radios und Tonbandgeräte halten die Schüler versteckt. Und als sich ein Plöner Gymnasiast weigerte, seinen Beatle-Schopf stutzen zu lassen, mußte er zur Strafe allein auf seinem Zimmer essen.

Den Drang der Plöner Internatsinsassen zur Lockerung dieser strengen Riten bestärkten Plöner Absolventen, die sich „Butenplöner“ nennen und aufrührerische Schriften in das Schloß schmuggelten. So verfaßte ein „Butenplöner Autorenkollektiv“ das Elaborat „Erziehung und Gesellschaft“ mit Kernsätzen wie „Die Anwendung ... repressiver Mittel ist in diesem Haus nicht selten“ und „Wer sich dem vorgefaßten Schema ... entzieht, wird als ‚Faulenzer, Nichtstuer, graue Maus‘ abqualifiziert“.

Im Frühjahr wirkten sich diese Thesen aus; seitdem hat sich, wie Direktor Schmidt feststellt, „das Klima verschlechtert“: Die Leistungen seiner Zöglinge und ihre Manieren ließen nach; ihr Alkoholverbrauch und die Anzahl ihrer nächtlichen Ausflüge in die Stadt nahmen zu.

Gerüchte über Rauschgift-Genuß im Schloß machten das Kieler Rauschgiftdezernat mobil. Doch obwohl der Internatserzieher Peter von Gartzen meint, es hätten sich „Anhaltspunkte für die Bestätigung dieser Gerüchte ergeben“, blieben die wochenlangen Polizei-Ermittlungen ergebnislos.

Der von diesen Zwischenfällen aufgeschreckte Internatsleiter beschloß, die mutmaßliche Apo-Infektion seiner Zöglinge im Kelm zu ersticken. Dazu verfaßte er unter Assistenz von sieben Erziehern zehn „Ordnungsprinzipien“.

In diesem Verhaltens-Katalog verpflichtete Schmidt jeden Internatsangehörigen „zur Sauberkeit und Ordnung an sich selbst und seiner Umgebung“. Seine Schüler dürften nicht „durch ihre Haltung, ihr Benehmen und ihr Äußeres Aufsehen erregen und als öffentliches Ärgernis bezeichnet werden“.

Pädagoge Schmidt mischte unter die strammen Vorschriften aber auch demokratisches Beiwerk. So erwartet er von seinen Schülern, daß sie „mitdenken und Ideen entwickeln“. Er räumt ihnen auf seinem Papier auch „ein großes Maß an Verantwortung“ ein und wünschte sich „freiwillige“ Mitarbeiter an den Internatsaufgaben, denn: „Für Nichtstuer, Faulenzer und schulisch unter dem Durchschnitt stehende Schüler und Schülerinnen sei im Internat kein Platz“.

In einem Beischreiben forderte Schmidt von Eltern und Schülern die „Anerkennung“ seiner zehn Gebote für Zucht und Sitte „durch Unterschriftsleistung“. Andersdenkenden wurde nahegelegt, „die Möglichkeit eines Wechsels der Ausbildungsstätte zu erwägen“.

Mit diesem Ultimatum zog die Internats-Schar Ende Juni in die Ferien. Anfang August kehrte sie zurück —



Plöner Internatsdirektor Schmidt  
Zehn Gebote für Zucht und Sitte

alle Internatler mit den geforderten Unterschriften.

Doch die von Schmidt erstrebte Ruhe im Schloß kehrte nicht ein. Die Schüler-Mehrheit meinte bald, sie hätte voreilig unterschrieben. Und im Schloßtag, dem Parlament der Internatszöglinge, erklärte sie ihr „nachträgliches Nichteinverständnis“ und beschloß, die Unterschriften zurückzuziehen.

Damit nicht genug: Der Schloßtag setzte eine Kommission ein (Vorsitzender: der Schloßtagspräsident und Oberprimaner Jürgen Lamprecht), die ihrerseits eine Internatsverfassung entwarf. Hauptforderung: paritätische Mitbestimmung der Schüler „über grundsätzliche Erziehungsfragen“.

Direktor Schmidt und die Erzieher entledigten sich daraufhin des Sprecherrates: Bis auf einen flogen alle Funktionäre dieses obersten Organs der Internatsmitverwaltung aus dem Schloß. Das Gymnasium dürfen immerhin fünf der sechs Ex-Internat-

ler weiter besuchen. Dem Unterprimaner Svante Domizlaff, Chefredakteur der Schülerzeitung „Der Scheinwerfer“, wurde auch das verwehrt.

Direktor Schmidt, der den Eltern nur kurze Bescheide zustellen ließ, hat sich von seinen Erziehern ausführliche Gutachten über die Gefeuerten anfertigen lassen. Über den am schärfsten gemaßregelten Domizlaff heißt es, er habe eine „recht kindlich unreife klassenkämpferische Begeisterung“ gezeigt und „marxistisches Gedanken-gut ins Internat“ getragen.

Internats-Kritiker Bünemann, der die Plöner Affäre vor den Kieler Landtag brachte, machte auch Schmidts Ordnungskatalog publik, der nach Bünemanns Meinung „dem Geist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerspricht“. Die Kieler SPD-Wochenzeitung „Nordwoche“ fühlte sich gar an „HJ-Methoden“ erinnert.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß für Schloß Plön, der am Freitag vorletzter Woche zum erstenmal tagte, soll nun unter Mitwirkung von Ausschußmitglied Bünemann herausfinden,

- > ob die Verweise dem Gesetz entsprechen,
- ▷ ob Internatsleiter Schmidt sich einer Dienstverfehlung schuldig gemacht hat und
- ▷ welche Verstöße der Schüler zu den Internatsverweisen führten.

Bünemann hält den Pädagogen Schmidt nicht für den Alleinschuldigen. Der Ausschuß soll auch klären, ob das Kieler CDU-Kultusministerium seine Aufsichtspflicht verletzt hat.

Für den pensionsreifen Schulmann Schmidt „ist das Ganze die letzte große Bewährung als Pädagoge“. Er hält die Plöner Affäre für eine „gymnasiale Wohlstandsrevolte einiger weniger Schüler“.

Schmidt: „Wie soll ein junger Mensch, der am Wochenende bis spät in die Nacht hinein im Mercedes seines Vaters herumfährt, sich am Montag in ein Internat einfügen?“

## AFFÄREN

### IWO-KONKURS

#### Trauriges Haus

Der Diplom-Kaufmann Karl Heinz Huth, 40, war „eines Tages aufgetaucht“, erinnert sich Dortmunds ehemaliger Oberstadtdirektor Dr. Walter Kliemt. Wie es dazu kam, das weiß Kliemt „gar nicht mehr“. Er weiß nur noch, daß es „an einem Montag“ war, als Huth, Geschäftsführer der Nürnberger „Gesellschaft für Industrie- und Wohnungsbau mbH“ (IWO), im September 1959 beim Verwaltungschef der Ruhrmetropole vorsprach und ihm goldene Berge verhielt.

Eine halbe Milliarde Mark wollte der bis dahin Unbekannte aus Franken in der Westfalen-Stadt investieren. Krankenhäuser, Wohnungen und Ge-

schäftsgebäude sollten errichtet werden. Und Huth offerierte auch den Bau des „größten Hochhauses der Bundesrepublik“. Für einen solchen Bau — 30 Stockwerke, 105 Meter hoch — stünden sofort 35 Millionen Mark zur Verfügung.

Der „Appell an die Großmannssucht der Dortmunder“ (CDU-Stadtrat Theo Schwill), deren Westfalenhalle die größte in der Bundesrepublik ist und deren Fernsehturm wenigstens zeitweise am höchsten war, brachte Huth in ein Geschäft, das nun, zehn Jahre später, mit einer Pleite endete.

Das IWO-Hochhaus ist nur bis zum 19. Stockwerk gediehen, die IWO selbst in Konkurs gegangen. Und IWO-Geschäftsführer Huth, gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt, sitzt we-



IWO-Bau in Dortmund  
Pleite beim 19. Stock

gen Verdachts der Untreue und des Konkursvergehens im Untersuchungsgefängnis. Dortmunds gegenwärtiger Oberstadtdirektor Hans-Dieter Imhoff läßt seit August von „vier Mann hoch“ untersuchen, ob gegen die für den Bauskandal verantwortlichen Beamten „disziplinarische Maßnahmen“ ergriffen werden müssen.

Durch die IWO-Affäre drohen, wie Dortmunds CDU-Kreisvorsitzender Hans Mönig befürchtet, „Millionen-Verluste“, für die Dortmunds Verwaltung („Da ist von der Klofrau bis zum Oberstadtdirektor alles SPD“) ebenso verantwortlich gemacht werden muß wie die SPD-Fraktion, die mit 42 Stadträten (gegen 22 Christ- und drei Freidemokraten) im kommunalen Parlament die absolute Mehrheit hat.

Obwohl christdemokratische Ratsmitglieder, wie Schwill behauptet, schon frühzeitig ihr Mißtrauen gegen

den „kleinen Betrüger“ und seine großen Versprechungen bekundet hatten, versuchten Kliemt und seine Verwaltungsexperten, Huth um jeden Preis zu stützen. Zwar fiel dem Oberstadtdirektor das „komische Finanzgebaren“ der IWO auf, und er fragte sich auch, „wie soll das aufgehen?“.

Doch der Sozialdemokrat hielt bis zu seinem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt — er wurde Ende 1967 Direktor der „Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen“ (VEW) — zur IWO-Gesellschaft.

Erst sein Nachfolger Imhoff ließ in diesem Jahr einen 97 Seiten langen, mit 40 Anlagen versehenen vertraulichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses fertigen. Doch schon die Frage, auf welche Weise die Stadt an die IWO oder Huth an Kliemt gekommen waren, vermochten die Prüfer nicht zu klären.

Kliemt selbst erinnert sich nur noch, daß „die Geschichte irgendwie anders gekommen ist“, nachdem Heinrich Wenk, SPD-Ratsmitglied, und Günter Kauermann, Sohn des städtischen Personaldezernenten und SPD-Unterbezirksvorsitzenden, als Architekten angeworben worden waren. „Da dachte man“, meint der Ex-Oberstadtdirektor, „das ist irgendwie eine SPD-Angelegenheit, und vielleicht hat man Huth auch noch in die SPD eingereicht.“

Ob nun Parteifreund oder nicht, jedenfalls war die Partei ihm und seiner IWO, die erst im Jahr der Dortmunder Kontaktaufnahme gegründet worden war, auffallend freundlich gesonnen. Beispielsweise brauchte Huth, wie Kliemt nun sagt, im Ältestenrat nur einige Schriftstücke über angeblich verfügbare amerikanische Gelder kursieren zu lassen, und schon waren die Ältesten „noch begeisterter als ich“.

Die Rechnungsprüfer hingegen fanden heraus, Kliemt sei für die Baugesellschaft eingetreten, „ohne von der IWO irgendwelche Nachweise verlangt oder erhalten zu haben“. Daraufhin habe der Haupt- und Finanzausschuß beschlossen, der Nürnberger Gesellschaft eines der „repräsentativsten und teuersten Grundstücke der Stadt“ (Schwill) in Hauptbahnhofnähe für jährlich 450 000 Mark Erbbauzins als Hochhaus-Baugrund zu überlassen.

Huth revanchierte sich mit dem Angebot, über 100 Millionen Mark für ein Krankenhaus, neue Straßen und einen Saalbau zu beschaffen. Bei der Besprechung dieses Projekts im Herbst 1960 saß auch Stadtwerks-Direktor Dr. Hans Sattler in der Runde. Sattler tat „anschließend sofort“, so der Prüfungsbericht, „was die Verwaltung bis zu diesem Zeitpunkt unterlassen hatte“. Er holte in den USA Auskünfte über Huths angebliche Geldgeber ein. Antwort aus New York: Der von Huth benannte amerikanische Finanzier habe „bestätigt, daß er weder daran interessiert noch dazu in der Lage sei, Ausleihungen an deutsche Unternehmungen zu tätigen“.

Ob Kliemt von der Antwort aus Amerika, die dem Liegenschaftsamt